



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Für die Presse

Zeichen der Hoffnung - aber kein Grund sich zurückzulehnen!

GKKE begrüßt die Ankündigung der neuen Bundesregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu schaffen, weist aber auf weiterhin bestehende gravierende Missstände hin.

Die GKKE begrüßt ausdrücklich die Ankündigung der neuen Bundesregierung, ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz zu schaffen. Die Erfahrungen mit den bisherigen Politischen Grundsätzen der Bundesregierung zur Rüstungsexportkontrolle haben gezeigt, dass diese nicht ausreichen. Die GKKE hat sich daher seit langem für ein solches Gesetz eingesetzt und nennt in ihrem diesjährigen Rüstungsexportbericht Eckpunkte dafür. Dazu Prälat Dr. Martin Dutzmann, der evangelische Vorsitzende der GKKE: „Auch wenn die Ankündigung der Bundesregierung ein Zeichen der Hoffnung ist, zeigt der Bericht noch gravierende Missstände in der Praxis des Rüstungsexports. Es gibt also für die GKKE keinen Grund sich zurückzulehnen, wie u.a. der mangelhafte Rüstungsexportstopp gegen die Länder der Jemen-Kriegskoalition zeigt.“

Auch die Entwicklungen auf der europäischen Ebene bedürfen verstärkter Aufmerksamkeit, wie Prälat Dr. Karl Jüsten, der katholische Vorsitzende der GKKE, deutlich machte. So könne die neu geschaffene Europäische Friedensfazilität, die Fähigkeiten der EU zur Krisenintervention und Konfliktbearbeitung steigern soll, durchaus eine Dynamik zu einer weniger restriktiven Rüstungsexportpolitik entfalten. „Die Notwendigkeit zu einer restriktiven europäischen Politik in diesem Bereich zu gelangen, zeigt sich auch an der wachsenden Bedeutung von Drohnentechnologie“, so Jüsten. Die GKKE fordert, dass die Bundesregierung für den Export von bewaffneten oder bewaffnungsfähigen Drohnen sowie deren Technologie und Komponenten an Länder außerhalb der EU eine Politik des „strong presumption of denial“ verfolgt, machte Jüsten deutlich. „Es ist dringend geboten hier aktiv zu werden, ansonsten wird nicht zuletzt auch die Glaubwürdigkeit der europäischen Wertegemeinschaft nachhaltig beschädigt“.

Die Vorsitzende der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte, Dr. Simone Wisotzki, unterstrich, dass die hohen Genehmigungswerte für Rüstungsexporte 2020 an Drittstaaten, die weder der NATO noch der EU angehören oder diesen gleichgestellt sind, sehr problematisch ist. Der Anteil lag 2020 wieder bei 50 Prozent. „Das unterstreicht einmal mehr, dass der Export an Drittstaaten zur Regel geworden ist. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und ausnahmslos keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann in wenigen Einzelfällen tatsächlich eine plausible außen- und sicherheitspolitische Begründung geben“, so Wisotzki.

Berlin, 16. Dezember 2021

Der GKKE-Rüstungsexportbericht 2021 steht als Download unter www.gkke.org zur Verfügung.

Für Rückfragen: Dr. Jörg Lüer 030/ 24 34 28 158
